Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,10 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Anfuhrgebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 159 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 11. Juli 1931

Die Fieberkurve.

Am Abgrund. — Schlechte Ärzte. Rüstungsfieber.

Noch stehen wir mitten im reißenden Strom der Dinge. Noch ahnen oder fühlen wir erst, wissen nur weniges darüber, daß Deutschland zu Beginn der zweiten Juliwoche wieder am Rande des uns nur allzu gut bekannten Abgrundes stand. Für den Sonntagabend war eine Sitzung des Generalrats der Reichsbank, also ihrer höchsten, entscheidenden Instanz anberaumt, — schon diese außergewöhnliche Tagungszeit ließ darauf schließen, wie ernst, wie überaus kritisch die Situation war. Vielleicht — später werden wir wohl auch hierüber genaueres erfahren — ist auch diese zweite Krise entscheidend dafür gewesen, daß der Hoover-Plan nun endlich zur Wirklichkeit wurde, ebenso wie die erste Krise den unmittelbaren Anstoß dazu gegeben hat, daß Hoover seine Botschaft in die Welt hinaussandte. Damals wie jetzt wieder, wußte man in Deutschland einfach nicht mehr, wie man weiterkommen sollte. Der Kredit, den nach der Überwindung der ersten Krise die Reichsbank im Auslande erhalten hatte, war bis auf den letzten Tropfen ausgeschöpft. Es ist anzunehmen, daß man in Washington — leider auch in Paris — hierüber sehr genau unterrichtet war, so daß sich Hoover genötigt sah, die Schönheitsfehler zu akzeptieren, die die französische Regierung in seinen Plan hineingeklext hatte. Es war nicht länger möglich, sich über die Art herumzustreiten, wie dem Patienten geholfen werden sollte, weil sonst der Todkranke inzwischen verstorben wäre, die Kur also zu spät käme. Aber weil bei dem Patienten die Fieberkurve so hoch gestiegen war, kann er selbst und können seine Ärzte nun auch nicht damit rechnen, daß diese Kurve nun sofort auf den normalen Stand hinuntersinkt und der Kranke geheilt und gesund aus dem Bette springt. Vielmehr müssen die Ärzte dafür sorgen, daß er erst wieder zu Kräften kommt. Noch immer leidet er an schwerer Kapital- und Kreditanämie, an Blutarmut, da man ihm in den vergangenen zehn Monaten so nach und nach, in der letzten Zeit aber überschnell etwa vier Milliarden Kredite, Gold und Devisen abgezapft hat. Dafür strotzen die anderen von Kapitalmassen und eine Bluttransfusion in den ausgesogenen Körper der deutschen Wirtschaft hinein würde ihnen durchaus nichts schaden, sie vielmehr vor einem Schlaganfall bewahren. Die Furcht hiervor war schließlich auch der Hauptgrund für Hoovers Eingreifen.

*

Kluge Ärzte wissen, daß bei einem Kranken auch die besten Heilmittel versagen können, wenn man ihn nicht vor Aufregungen, vor Gemütserregungen bewahrt. Das Heilmittel des „Schuldenfeierjahres" ist zweifellos sehr gut und dem Kranken zuträglich, wenn es außerdem seine Ergänzung in ausgiebiger Kapitalstransfusion findet, dann könnte des Patienten Fieberkurve auch wirklich zurückgehen. Aber statt dessen attackiert man ihn durch Aufreizung seines Ehrgefühls, verlangt von ihm „Erklärungen" und Zusicherungen solcher Art, daß sich in ihm der durchaus berechtigte Stolz emporbäumen muß. Außerdem ist dieses Verlangen selbst ganz überflüssig, ist nur ehrkränkend durch seine Wiederholung. Daß Deutschland die Ersparnisse des „Hoover-Jahres" zu allem andern als zu einer Steigerung seiner Ausgaben für Reichswehr oder die Marine verwenden wird, ist so selbstverständlich, daß ein Argwohn des Auslandes nach dieser Richtung hin jedenfalls in Deutschland geradezu unbegreiflich erscheint. Eine ausdrückliche Zusicherung hat trotzdem der Reichskanzler dem amerikanischen Präsidenten noch gegeben. Wenn Frankreich sich die Berechtigung zusprechen ließ, ein solches Verlangen an Deutschland noch einmal zu stellen, so ist das eine Schikane, die unser Ehrgefühl verletzt. Und man ist sich in allen politischen Parteien Deutschlands darüber einig, daß eine solche Verletzung unseres Stolzes auch beabsichtigt war. Das aber hat der Reichskanzler durch seinen schnellen Entschluß verhindert, dem französischen Ministerpräsidenten einfach sozusagen eine Abschrift jener Zusicherung an Hoover und des Satzes aus dem letzten Regierungsaufruf zu überreichen, in dem auch die Verwendung der „Hoover-Ersparnisse" allein für wirtschaftlich-finanzielle Zwecke zugesagt wird. Dieser Schritt Dr. Brünings nahm dem französischen Vorhaben die „Pointe" fort. Aber jetzt werden auch in England maßgebliche Stimmen laut — Paris schreit schon seit den Verhandlungen mit den Amerikanern danach —, die an die Kapitaltransfusion für das kranke Deutschland ähnliche „politische" Bedingungen knüpfen wollen. Wir sollen die Pläne einer Zollunion mit Österreich aufgeben. Das würde bedeuten, eine wirtschaftliche heilsame Medizin dem Kranken wegnehmen, der doch am besten wissen muß, was ihm wirklich hilft. Aber diese Forderung entspringt ja nur politischen Gründen: England will den Franzosen für ihre — lang verzögerte und vieles verzögernde — Zustimmung zum Hoover-Plan ein Geschenk machen, das Deutschland zu bezahlen hätte. Ferner soll Deutschland den Weiterbau des Panzerkreuzers B einstellen. Für diesen sind im Reichshaushalt etwa zehn Millionen eingesetzt. Auch das ist nur eine politische Schikane, denn die Engländer selbst haben in Kiel bei ihrem Besuch feststellen können, wie es mit der Welt„bedrohung" durch die deutsche Flotte aussieht. Weil wir uns an die Bestimmungen des Versailler Diktats halten, dann heißt es, selbst diesem „Frieden" nicht dienen, wenn man uns zu einem Verzicht auf die wenigen Rechte zwingt, die uns dieser Vertrag gewährt.

*

Man schauspielert denn doch allzu schlecht. Das Panzerschiff als das „Gespensterschiff" hinzustellen, durch das die See-Abrüstung verhindert, Frankreich und England zur See-Aufrüstung „gezwungen" werden, ist mehr als naiv und heißt an die Leichtgläubigkeit der Amerikaner allzu große Anforderung stellen. Und von dort her rückt die Forderung einer allgemeinen Abrüstung mit jedem Tag näher heran, der uns noch von der großen Abrüstungskonferenz trennt. Amerika nimmt gar keine Rücksicht auf das europäische Rüstungsfieber, das ein bißchen allzusehr nach Simulantentum aussieht. Hoover plant hiergegen eine „Roßkur". Er erklärt einfach: „Wenn Europa nicht abrüstet, dann denkt Amerika nicht daran, auch nur einen Cent an den interalliierten Schulden zu streichen." Dann mag Europa bluten. Aber leider — bluten wir Deutsche dann am meisten.

Dr. Pr.

Schwierigkeiten beim Hoover-Plan

Schwere Kreditwerbung.

Politische Störungsversuche.

Als Vorbereitung auf die entscheidenden Verhandlungen über einen großen internationalen Kredit an Deutschland, die in Basel bei der Bank für die internationalen Zahlungen stattfinden werden, hat Dr. Luther eingehende Besprechungen erst in London mit dem Gouverneur der Bank von England, Sir Montague Norman, gehabt und dann in Paris mit dem Leiter der Bank von Frankreich, Herrn Moret. So glatt, wie man noch vor einigen Tagen annahm, scheint es zur Einigung über eine große Kreditgewährung an die Reichsbank doch nicht zu kommen, obwohl man heute wohl wenigstens damit rechnen kann, daß der bisherige 100-Millionen-Dollar-Kredit über den 16. Juli — dem Termin seiner Fälligkeit — hinaus verlängert werden wird. Dr. Luther hat die Reise nach Paris nicht zusammen mit Sir Montague Norman unternommen, sondern dieser ist direkt nach Basel gefahren; offenbar liegt der Schwerpunkt der Verhandlungen jetzt wohl im französischen Außen- bzw. Finanzministerium.

Über den Empfang, den dort der deutsche Reichsbankpräsident gefunden hat, wird nichts mitgeteilt, doch ist es kein Geheimnis, daß er hier auf Schwierigkeiten „politischer" Art gestoßen ist.

Nach wie vor werden von der französischen Presse die beiden Bedingungen offen bezeichnet, die an die Kredithergabe für die deutsche Reichsbank geknüpft werden sollen: Gänzliche Aufgabe der Zollunionspläne mit Österreich und Einstellung des Weiterbaues am Panzerschiff B, zu dem die erste Baurate vom Reichstag bewilligt worden ist. Teilweise geht man in der französischen Presse noch weiter und verlangt eine „Änderung der innenpolitischen Haltung der Reichsregierung", oder, deutlicher gesagt, einen scharfen Regierungskurs gegen den „Nationalismus". Selbstverständlich dürfte Dr. Luther es abgelehnt haben, seine rein kreditpolitisch-finanziell-wirtschaftlichen Absichten mit solchen politischen Forderungen verbinden zu lassen, für deren Behandlung er sich zudem gar nicht zuständig erklären muß. Demgemäß hat er einem französischen Finanzblatt folgende Erklärung abgegeben: „Ich komme nach Paris nur als Reichsbankpräsident. Ich habe eine langfristige Kreditoperation im Auge, deren Umfang ausreichend sein würde, um Deutschland zu gestatten, sein normales finanzielles Gleichgewicht wiederzufinden. Vor langen Monaten habe ich bereits der Bank für Internationale Zahlungen die Notwendigkeit entwickelt, auf die Politik der langfristigen Kredite zurückzukommen. Diese Politik ist heute wichtiger denn je."

In England und in Amerika kennt man diese den Absichten Dr. Luthers entgegenwirkenden französischen Schwierigkeiten, ist trotzdem wenigstens grundsätzlich zu einer Kredithergabe an die Reichsbank in Höhe von ein bis zwei Milliarden Mark bereit. Hemmend wirkt allerdings noch die Unsicherheit über den Verlauf und die Ergebnisse der bald beginnenden Sachverständigenkonferenz, auf der die technischen Restfragen des Hoover-Plan behandelt werden sollen. Außerdem verlangt man in London ebenso wie in Newyork eine Verstärkung der Krediteinschränkungs-Maßnahmen der Reichsbank, weil man der — übrigens falschen Ansicht ist, die Kredit- und Devisenabzüge stammten vor allem aus deutschen Kreisen selbst, nicht so sehr aus dem Ausland. Dem widerspricht die Reichsbank ebenso energisch wie der ausländischen Befürchtung, durch einen so großen Kredit an Deutschland die eigene Geldflüssigkeit zu gefährden; vielmehr wisse man an den ausländischen Geldplätzen gar nicht, wie und wo man die kurzfristigen Geldmassen unterbringen soll.

Luther verhandelt mit Flandin.

Rückkehr nach Berlin am Sonnabend nachmittag.

Reichsbankpräsident Luther, der in Paris den ganzen Vormittag mit einer Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich ausgefüllt hatte, begab sich in den Nachmittagsstunden in Begleitung des Gouverneurs der Bank von Frankreich in das Finanzministerium, wo er Besprechungen mit dem französischen Finanzminister Flandin hatte, die zwei Stunden dauerte. Dr. Luther begab sich darauf zur deutschen Botschaft und erklärte lediglich, daß er am Sonnabend nachmittag in Berlin eintreffen werde. Am Abend hatte der Reichsbankpräsident eine Unterredung mit dem deutschen Botschafter von Hösch.

*

Die Pariser Presse zu Luthers Besuch.

Paris, 10. Juli. Die Pariser Presse widmet den Besprechungen Dr. Luthers eine Aufmerksamkeit, wie nur bei ganz großen Ereignissen. Unter Ueberschriften wie „Deutschland fordert 25 bis 30 Milliarden" oder „Dr. Luther sucht fieberhaft nach Krediten" weisen die Blätter darauf hin, daß der Augenblick für Frankreich gekommen sei, positive Garantien von Deutschland zu verlangen. Diese Garantien, die sich im wesentlichen auf die Einstellung des Panzerkreuzerbaues und den Verzicht auf das Zollabkommen beziehen sollen, werden vom Paris Soir noch dahin erweitert, daß man von Deutschland auch den Abschluß eines Ostlocarnos verlangen müsse. — Der Temps widmet der Besprechung der deutschen Finanzlage einen längeren Artikel. Er schreibt u. a.: Deutschland sei allein für seine schlechte Finanzlage verantwortlich. Es habe von jeher über seine Mittel gelebt und befinde sich nun vor dem Bankrott. Ein großer Teil von Verantwortung falle aber auch den Rechtskreisen in Deutschland zu, die durch ihre Propaganda jedes Vertrauen untergraben hätten. Wenn man deutscherseits betone, daß das deutsche Volk niemals Zugeständnisse wie die Aufgabe des Panzerkreuzerbaues und den Verzicht auf den Anschluß annehmen werde, so könne man dem nur gegenüberhalten, daß Brüning absolut Herr der Lage sei und bei seinen Entschlüssen sicherlich von allen gesunden Elementen unterstützt werde.

*

Französische Börsenmanöver.

An der Berliner Börse hielten die Devisenanforderungen unvermindert an. Man schätzt sie insgesamt auf etwa 50 Millionen Mark. Es herrscht jetzt in deutschen Bankkreisen nur noch eine Meinung darüber, daß die weiteren Abziehungen auf französische Maßnahmen zurückzuführen sind. Es ist bekannt und die internationale Festigkeit des französischen Frank bringt den Beweis dafür, daß Frankreich ganz allgemein und insbesondere in London Kreditkündigungen vorgenommen hat und vornimmt. Die Haltung der Pariser Presse, die die Forderung aufstellt, daß eine französische Finanzhilfe von der Erfüllung politischer Forderungen abhängig zu machen sei, läßt deutlich die inneren Zusammenhänge erkennen.

*

Frankreichs Druck auf die Londoner Börse.

In der zunächst zuversichtlichen Stimmung an der Börse hinsichtlich der Lage in Deutschland trat ein Umschlag an der Börse ein, als Verkaufsaufträge aus Brüssel vorlagen und der französische Franken von 124,10 auf 123,97 für ein englisches Pfund stieg.

Es wurden sofort Befürchtungen laut, daß bei Fortsetzung dieser Frankenbewegungen das alte Spiel von Goldankäufen der Bank von Frankreich auf dem Londoner Markte wieder beginnen werde.

An der Börse wurden auch viel die politischen Forderungen Frankreichs besprochen, jedoch wurde immer wieder betont, daß die Bank von England grundsätzlich die Verquickung von finanziellen mit politischen Fragen ablehne, wie es schon im Falle Österreichs geschehen war.

*

Manchester Guardian warnt Deutschland vor politischen Zusagen.

London, 10. Juli. Nachdem der Manchester Guardian anfänglich die Wünsche der englischen Diplomatie unterstützt und zusammen mit der Times und dem Daily Herald Deutschland die Einstellung seiner Kriegsschiffbauten und die Verschiebung der österreichisch-deutschen Zollabkommen auf unbestimmte Zeit nahegelegt hatte, scheint er sich jetzt doch anders besonnen zu haben und weist auf die Gefahren hin, die der deutschen Regierung entstehen würden, wenn sie diese Vorschläge annimmt und damit ihre Politik vollständig der französischen Hegemonie unterordnet. Dies würde eine neue Krise in Europa mit sich bringen. Deutschland habe eigentlich nur Amerika zu danken, und das Schuldenmoratorium sei nicht etwa aus reiner Großherzigkeit erfolgt. England täte besser daran, sich um seine eigenen Angelegenheiten zu kümmern. Deutschlands Beitrag zur Abrüstungskonferenz könnte nur gering im Vergleich zu dem sein, was England tun könnte.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF